

Das wiedervereinigte Deutschland im Auge des Hurrikans – außenpolitische Herausforderungen

WASSERWERKGESPRÄCH ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT
3. OKTOBER 2016, FRÜHERER NEUER PLENARSAAL
DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, WORLD CONFERENCE CENTER BONN
IMPULS VON DR. NORBERT RÖTTGEN MDB

(Mitschnitt der frei gehaltenen Rede)

Das Wasserwerkgespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. Oktober in Bonn hat sich mittlerweile zu einer zentralen Anlaufstelle im Rheinland entwickelt, um den Tag der Deutschen Einheit zu feiern und aktuelle sowie künftige Fragen zu diskutieren. In diesem Jahr standen die außenpolitischen Herausforderungen der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt.

Das Impulsreferat hielt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Röttgen. Der Mitschnitt ist hier veröffentlicht, die Vortragsform wurde beibehalten.

Lieber Herr Schoser, sehr geehrte Frau Wilms, lieber Bernhard Worms, lieber Heinz Schwarz, lieber Kollege Georg Kippels, liebe Mitdiskutanten, Mitdiskutantinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren – ich begrüße Sie ganz herzlich auch von meiner Seite. Ich freue mich, dass Sie da sind, dass so viele da sind. Das ist auch, neben dem Interesse am Thema, ganz sicherlich Ausdruck eines demokratischen Bürgersinns, den Tag der Nationalen Einheit nicht nur zu Hause zu verbringen. Da ist es schön, herauszutreten als Demokraten, zu sagen, diese Demokratie, dieser Staat, die Demokratie der Deutschen geht uns alle an – in diesem Sinne interpretiere ich auch Ihr Hiersein.

Was mich anbelangt, muss ich sagen, habe ich die Einladung sofort angenommen – aus allen guten Gründen, auch weil diese Veranstaltung

Ausdruck der Identifikation der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Bonner Republik, mit dieser Region ist. Aber es gibt neben allen anderen sachlichen guten Gründen einen persönlichen Grund – und das ist dieses Podium: Ich habe an dieser Stelle meine erste Rede als Bundestagsabgeordneter gehalten vor gut 20 Jahren und hier immer mal wieder wiederzukehren ist einfach eine schöne Sache und darum vielen Dank an die Adenauer-Stiftung, dass Sie mir die Gelegenheit geben.

Wie bereits gesagt, wir kommen zusammen am Tag der Deutschen Einheit, um darüber zu sprechen, was uns als Staat, was uns als Nation bewegt. Wir gedenken, erinnern uns an das historische Ereignis der Wiedervereinigung, aber wir fragen auch danach: Was ist die Aufgabe, was ist die Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands, im Innern, aber auch nach außen? Wir fragen also heute nicht, was ist das Interesse des Einzelnen, sondern wir gehen dieser Frage nach, erst in einem Beitrag, dann in der Diskussion und in der Beschäftigung von uns allen, die hier sind. Was bewegt uns in ganz besonderer Weise?

Und unter dem, was uns bewegt, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Thema ausgewählt, von dem ich auch glaube, dass es auf lange Zeit das dominierende, uns veränderndes, unser herausforderndes Thema bleibt, nämlich der Umstand, die Tatsache, dass sich die Welt um uns herum verändert hat. Um dieses wiedervereinigte Deutschland hat sich die Welt

verändert und die Veränderungen um uns herum zwingen uns, unser Verhältnis zur Welt neu zu bestimmen.

Wir können nicht einfach sagen, das ist irgendwo außen, wir sind uns genug, sondern die Art, die Qualität, die Natur der Veränderung, mit der wir es zu tun haben, zwingt uns zur Reaktion. Wie auch immer. Wegducken ist auch eine Reaktion, wahrscheinlich mit fatalen Folgen. Wegschauen ist auch eine Reaktion, aber wir können dem nicht entgehen.

Was macht das Neuartige aus? Es sind vier Eigenschaften, von denen ich glaube, dass sie eine neue Qualität und Notwendigkeit haben, um für Deutschland in Europa eine außenpolitische Antwort neu zu definieren und sich nicht einfach mit dem Rekurs auf das Frühere zu begnügen, sondern neu zu antworten.

Es ist erstens die Anzahl der Konflikte, mit denen wir es zu tun haben. Die schiere Anzahl von Konflikten, die um uns herum sind, auf unserem eigenen Kontinent, in der Ukraine, von Russland ausgehend, und in der gesamten südlichen Nachbarschaft, aber auch innerhalb von Europa. Am gestrigen Sonntag etwa hat das Referendum in Ungarn stattgefunden. Das sind alles Ereignisse, die wir nicht übersehen können.

Wir haben neben einer enormen Anzahl von Konflikten, Krisen, Gewalt, Krieg um uns herum eine neue Gleichzeitigkeit. Ich erinnere mich noch, als die Ukraine-Krise ungefähr ein Jahr alt war und die volle Konzentration der Politik, vor allem der Außenpolitik dieser Krise galt, dass auf einmal Meldungen kamen, im Irak ist Mossul eingenommen worden von einer Terrororganisation. Und die Erstreaktion war: Was ist denn das? Was ist das für eine Organisation? Was ist das eigentlich für eine Stadt? Die zweitgrößte Stadt des Irak. Und die erste Reaktion war: Wir haben dafür jetzt keine Zeit, uns auch damit noch zu beschäftigen. Wir sind mit dieser europäischen Krise beschäftigt und können nicht im Nahen und Mittleren Osten auch noch unsere Energien einsetzen.

Wir haben lernen müssen: Wir bestimmen nicht den außenpolitischen Themenplan, sondern die Realität, die Wirklichkeit zwingt uns zur Beschäftigung. Wir können uns weitere

Nichtbeschäftigung nicht leisten. Wir haben eine neue Gleichzeitigkeit einer hohen Anzahl von Krisen.

Wir haben ein Drittes; vielleicht sind die ersten beiden quantitative Veränderungen, die dritte Eigenschaft der neuen Zeit ist eine qualitative Veränderung: Wir haben eine neue Mobilität von Krisen und ihren Auswirkungen.

Vielleicht könnte man sagen, es gab nie eine globale Ordnung, noch nie, sondern Konflikte und Krisen waren immer, das ist eigentlich nichts Neues. Aber was neu ist, ist, dass es keinen entfernten Ort mehr gibt, so dass man sagen kann, es sind weit entfernte Konflikte; wir sind empathisch, aber es sind nicht unsere Konflikte. Nein, heute sind die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, in Syrien, im Irak, in Libyen unsere Konflikte. Weil die Menschen, auch wenn sie nichts haben, die allermeisten mindestens ein Handy haben, weil wir eine neue Mobilität der Menschen haben, eine neue Kommunikationsfähigkeit. Und darum kommen diejenigen zu uns, die aus der Verzweigung über völlige Perspektivlosigkeit, Gewalt, Verfolgung ersehnen bei uns zu leben, in Sicherheit, in Möglichkeiten der individuellen Freiheit, in der Möglichkeit demokratischer Mitbestimmung. Diese Menschen entfliehen ihrer desaströsen persönlichen Lebenssituation, riskieren ihr Leben, weil sie sagen, ich habe sowieso verloren und jedenfalls möchte ich es für meine Kinder retten.

Oder es kommen die, die sich mit dem Hass auf unsere Werte und Lebensweise nicht damit begnügen, ihn lokal im Nahen und Mittleren Osten auszuüben, sondern auf deren Feindradar genauso auch wir sind als Demokraten, als Christen, als Menschen mit christlichem Glauben und die Terror und Angst zu unseren Ländern bringen.

Wir haben es also nicht mehr nur mit Staatenbeziehungen zu tun; von Bismarck bis Kissinger war das Thema der Realpolitik die Beziehung von Staaten. Nein, wir haben es zu tun mit den Beziehungen von Menschen.

Um es als vierte Eigenschaft der neuen Zeit noch deutlicher zu sagen: Wir haben es immer mehr mit Konflikten zu tun, die nicht zwischenstaatlich sind, sondern wir haben es immer

mehr mit Konflikten zu tun, die eine innerstaatliche, eine innergesellschaftliche Natur haben. Also etwa die Tatsache, dass im Irak unterschiedliche Volksgruppen gegeneinander ringen und die eine der anderen nicht die Beteiligung gönnt; mal sind die Sunniten an der Spitze, mal sind es die Schiiten, die Kurden sind eigentlich immer draußen. Es sind interne, religiöse, ethnische Machtkonflikte, die zu diesen Eruptionen führen. Das gleiche in Syrien. Ähnliches auch in Libyen, ein völlig privatisierter Staat, wo privatisierte Milizen gegeneinander kämpfen.

Und die Auswirkungen von innergesellschaftlichen, innerstaatlichen Konflikten sind dann wiederum bei uns auch innergesellschaftlich und innerstaatlich. Das, was als Konflikt in Syrien innergesellschaftlich, innerstaatlich beginnt, führt nicht nur zu staatlichen Herausforderungen, sondern auch bei uns zu innergesellschaftlichen Veränderungen. Es ist die Flüchtlingsbewegung, die nicht nur den deutschen Staat herausfordert; die Flüchtlinge leben in unseren Dörfern. Die Konsequenzen von Hass und Terror können sie in Königswinter, in Dortmund, in Berlin, in jedem Dorf, in jeder Stadt in Deutschland sehen.

Für die Außenpolitik eine völlig neue Herausforderung. Mit Staaten umzugehen, ist traditionelle Diplomatie. Aber wie sollen wir eigentlich als deutscher Staat wirklich relevant auf innergesellschaftliche, ethnische, religiöse Konflikte in diesen Ländern einwirken? Die doch so entscheidend für unsere eigene Sicherheit sind. Fast schon ein Dilemma, jedenfalls eine ganz neue Herausforderung.

Alles zusammengenommen glaube ich, müssen wir uns darüber bewusst werden, dass wir vor gut zweieinhalb Jahren mit der Annexion der Krim, der militärisch aggressiven Einwirkung, Intervention Russlands in die Ukraine, in den östlichen Teil der Ukraine das dritte Kapitel der Nachkriegsgeschichte aufgeschlagen haben. Ein neues Kapitel.

Das erste Kapitel ist der Kalte Krieg, die unmittelbare Nachkriegsgeschichte, die geopolitische Situation, die durch die Blockkonfrontation geprägt war – ideologisch, militärisch, politisch. Und dieses erste Kapitel ist zu Ende gegangen mit den revolutionären Ereignissen, die zur

deutschen Wiedervereinigung geführt haben, 1989, zur völligen Überraschung der allermeisten. Vor 26 Jahren und auch in der Folge danach dachten wir doch, dass jetzt die Konfrontation zu Ende sei. Der Westen hat gewonnen, die liberale internationale Ordnung ist da. In Deutschland haben wir Frieden. Wir sind von Freunden umzingelt. Es ist endlich Zeit für die Friedensdividende. Brauchen wir eine Bundeswehr? Brauchen wir überhaupt Militär? Sind wir nicht in einer völlig neuen Zeit, und jedenfalls in Europa haben wir endlich die Lehre gezogen aus dem blutigen 20. Jahrhundert?

Die wenigsten hielten Russland für eine vollendete Demokratie, ihren Staatspräsidenten für einen vollendeten lupenreinen Demokraten. Aber wir haben gedacht, wir werden uns immer enger verflechten mit Russland. Wir bieten ihnen Partnerschaften an, die Modernisierungspartnerschaft, eine Partnerschaft mit der NATO; im Zuge der Wirtschaft werden die Werte schon kommen, jedenfalls wurde die G7 zur G8 gemacht – alles Angebote, Russland zu integrieren, in der Einschätzung, dass wir etwas Neues gefunden hatten in Europa, etwas sehr bedeutungsvolles, nämlich eine europäische Friedensordnung als das historische Produkt von Militarismus, Nationalismus und vielen Millionen Toten, die diese Phänomene erzeugt hatten.

Und dieses zweite Kapitel, das glaube ich, hat entgegen unserer Erwartung am Anfang nur 25 Jahre gedauert. Es ist mit den Ereignissen der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland, der Intervention, der Unterstützung eines Aufbruchs in der Ukraine durch Russland verletzt worden. Denn das ist das Gegenteil der Grundregeln, die auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges im Rahmen der Schlussakte von Helsinki in den 70er Jahren verabredet worden sind: Respekt der territorialen Integrität, der Souveränität anderer Staaten. Verzicht darauf, Gewalt einzusetzen, um politische Ziele zu realisieren. Das gilt nicht mehr, sondern Gewaltanwendung, Anwendung von militärischer Gewalt, Verletzung von Grenzen, Verletzung von Integrität und Souveränität sind geschehen und damit eine aktive und dauerhafte Verletzung der Souveränität und dieser Friedensordnung, von der wir dachten, sie sei ein für allemal gesichert. Das ist das neue Kapitel.

Ich möchte im Folgenden zwei Aspekte dieses neuen Kapitels beleuchten – zum einen meine Einschätzung der Konfliktlagen, zum anderen natürlich die Frage, was bedeutet es für deutsche Außenpolitik, um diesen Konfliktlagen und der neuen Qualität der Herausforderung zu versuchen gerecht zu werden? Ich versuche, den Befund der außenpolitischen, der geopolitischen Konflikte, mit denen wir es zu tun haben, deshalb nur ein bisschen und mehr thesenartig als bis in die Einzelheiten gehend darzulegen, um eine Einschätzung zu begründen, die ich für entscheidend halte, nämlich die Einschätzung, womit wir es zu tun haben.

Wir haben es nach meiner Einschätzung mit Konfliktlagen zu tun, die lange anhalten werden. Es ist nichts Vorrübergehendes, sondern das, was wir im Moment haben, scheint auf sehr hohe Dauer angelegt zu sein, verbunden mit einer extrem hohen Komplexität. Die Konfliktlage erfordert unbedingt europäische Handlungsfähigkeit, für die wiederum Deutschland ganz entscheidend ist.

Ich betone das deshalb, weil ich es für entscheidend halte, dass wir uns in unserer Mentalität Politik zu machen, auch diesen Herausforderungen oder, um es deutlich zu sagen, Bedrohungen unserer Sicherheit und Friedens zuwenden. Dass wir mit ihnen auf Dauer zu rechnen haben, dass sie gefährlich sind, dass wir uns ihnen zuwenden müssen, wenn wir Einfluss nehmen wollen in unserem Interesse. Sicher, ich bin für Empathie, weil sie aus unserem Bild des Menschen folgt. Uns ist das Schicksal des Einzelnen nirgendwo auf der Welt gleichgültig. Aber neben Empathie geht es um unsere Interessen. Das ist eine neue Dimension.

Also, was macht die Konflikte nicht nur komplex, sondern dauerhaft? Ich will auf den aus dem Osten und aus dem Süden stammenden kurz eingehen, um dann zu den Konsequenzen zu kommen.

Ich habe bereits ein paar Bemerkungen zu Russland gemacht. Warum ist es zu diesem Kurswechsel Russlands gekommen? Denn die gut 20 Jahre vorher war Russland kooperativ. Es war ja nicht nur alles Einbildung des Westens, all diese Angebote zu machen, sie wurden ja auch angenommen. Nach meiner Ein-

schätzung liegt der Schlüssel nicht darin, dass auf einmal übermäßige russische Stärke entstanden war oder eine neue Strategie, sondern das, womit wir es zu tun haben, ist etwas viel Problematischeres, nämlich es ist russische Schwäche und Defensive und eine taktische Reaktion. Und unser Problem bis auf den heutigen Tag ist es nicht, vielleicht wie im Kalten Krieg mit russischer Stärke umzugehen, sondern unser Problem ist, dass wir noch kein Konzept gefunden haben mit der Schwäche Russlands umzugehen.

Was ist die Schwäche? Die Schwäche liegt darin, dass, als sich die Bewegung des Maidan im ganzen Land der Ukraine ausdehnte, dies vom russischen Staatspräsidenten Putin nach meiner Einschätzung als doppelte Bedrohung seiner Macht wahrgenommen wurde. Es war eine Bürgerbewegung, die die korrupte kommunistische Herrschaft des Landes satt war. Die sah, dass in Polen, einem Land, das sich dem Westen zuordnet, es demokratischer zugeht und vor allen Dingen wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum stattfindet. Und stattdessen wird man im eigenen Land bevormundet, und es ist keine fortschrittliche Entwicklung zu sehen. Dies in einem Land, das aus russischer Sicht nicht irgendein Land ist.

Die Ukraine ist ein großes Land. Die Ukraine ist auf das Engste in der Geschichte mit Russland verbunden, im Osten kulturell am allermeisten, aber durchaus die gesamte Ukraine, was etwa dadurch schon sichtbar wird, dass wichtige Teile der russischen Militärindustrie sich auf ukrainischen Boden befinden. Wenn Russland immer Skepsis gehabt hätte gegenüber einem fremden Land, wäre das nie geschehen; es ist eine engste historische und kulturelle Verbindung dagewesen. Und genau in diesem Land findet nun etwas statt, was Putin als Machtbedrohung wahrnehmen muss, nämlich erstens eine Bürgerbewegung, die sich gegen ein korruptes Regime wendet. Das begründete die Gefahr, dass sich möglicherweise in Windeseile dieser Virus, dieser Freiheitsvirus „wir sind das Volk“, wir wollen bestimmen, vom Maidan auf den Roten Platz ausgedehnt hätte. Wir wissen alle, wie Viren sind. Die breiten sich aus, unsichtbar und auf einmal sind sie da und ansteckend. Eine große Gefahr – auch außenpolitisch für Putin eine Bedrohung seiner Macht, weil für ihn ganz ausdrücklich der Kollaps der

Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts darstellt. (Ich glaube, wir würden alle etwas anderes sagen.) Putin sah nun unter seiner Präsidentschaft, dass sich der Verfall des einstigen Imperiums weiter fortsetzte, nun auch in der Einflusszone um Russland herum, in der Ukraine, früher übrigens in Georgien oder Moldau, das haben wir aber nur so halb zur Kenntnis genommen. Auf einmal schmolz diese Einflusszone, die Russland um das eigene Land herum beanspruchte, zusammen in dem Augenblick, in dem die Bevölkerung der Ukraine sagt und entscheidet, wir wollen normativ dem Westen angehören. Wir werden nicht Mitglied der NATO in absehbarer Zeit, wir werden nicht Mitglied der Europäischen Union, aber wir wollen Mitglied dieser Werte werden, für die der Westen steht.

Das hat aus meiner Sicht Putin dazu veranlasst – wenn ich das darstelle, ist das keine Entschuldigung, sondern der Versuch einer Erklärung –, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, weil er sie für sich selber als Machtbedrohung empfand. Er hat das Mittel, das einzige Mittel eingesetzt, in dem Russland international wettbewerbsfähig ist, nämlich das Militär. In einer Weise, wie das andere nicht tun, rücksichtslos mit allen möglichen Instrumenten. Er hatte zuerst 15 Mrd. Dollar auf den Tisch in Kiew gelegt, das war nicht wirksam, also hat er sich militärisch dieser Entwicklung entgegengestellt.

Und er hat mit dieser Entscheidung etwas entwickelt, was bis heute andauert und die machtpolitische Situation in Russland völlig verändert hat. Ihm ist es gelungen, durch das Aufbäumen gegen diese Entwicklung die öffentliche Stimmung, die breite öffentliche Stimmung zu verändern: über zwei Jahrzehnte gefühlte Demütigung nach dem Verfall unter Gorbatschow, den wir alle bewundern, doch in Russland ist das Bild von Gorbatschow ein völlig anderes, bis hin zu dem Gipfelpunkt Jelzin, als sozusagen der Staat ausverkauft wurde, die Oligarchie entstand und Chaos begründet wurde. Diese Entwicklung von Verfall und Demütigung hat Putin beendet und durch ein kollektives Gefühl von nationalem Stolz ersetzt. Wir sind wieder wer, wir können den Amerikanern die Stirn bieten. Wir bestimmen die Entwicklung. Wir sind eine dominante Kraft in der gesamten Bandbreite.

Ich habe persönliche Bekannte, die im Museum, im Kulturbereich tätig sind und die von ihren Kontakten zu ihren russischen Pendants sagen, die haben sich eigentlich nie für Politik interessiert, sondern für Kunst und für die Ausstellung von Kunst in Museen. Aber seit dieser Zeit sind sie politisch und reden genauso, wie ich es gerade dargestellt habe.

Das ist die neue Machtquelle und das Problem dieser neuen Machtquelle ist, dass man sie permanent füttern muss, dass man für das Gefühl von Stolz und Größe immer wieder Anwendungsfälle braucht. Die Fortsetzung sehen wir in Syrien, wo es gelungen ist, auch in der Folge von Fehlern amerikanischer Politik, militärisch die dominierende Kraft zu sein von außen, vielleicht mit der iranisch finanzierten Hisbollah zusammen, aber die entscheidende Außenkraft ist Russland. Ohne das russische Militär wäre Assad schon lange nicht mehr im Amt. Russland benutzt es, um auch diplomatisch politisch gegenüber den USA in eine dominierende Rolle zu gelangen.

Von dieser Machtquelle, die Putin erschlossen hat, wird er noch lange Zeit Gebrauch machen. Er hat keine alternative Machtquelle, anders als etwa China, wo die Sicherung der Macht der Kommunistischen Partei gerade dadurch erreicht wird, dass das Land sich modernisiert – durch das Versprechen der Regierung und der Partei, jedes Jahr wird es vielen Millionen von euch besser gehen und darum stimmt ihr zu, dass es keine demokratische Mitwirkung gibt, sondern die Einparteienherrschaft. Modernisierung ist in Russland nicht abzusehen. Vielleicht ist es sogar die fatalistische Einsicht des Staatspräsidenten, dass gerade das nicht möglich ist, um an der Macht zu bleiben.

Eine weitere Herausforderung: die gesamte südliche Nachbarschaft, die uns fordert, langanhaltend und hochkomplex. Wenn ich mit Vertretern aus der Region spreche, dann sagen alle, die Konfliktlage, die wir hier haben, ist für eine Generation oder zwei. Nicht für drei Monate, drei Jahre, fünf Jahre, sondern es sind tief liegende Konfliktlagen, die unterschiedlichste Gründe haben, ein Mix von Motiven. Sicherlich die regionale Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran, die beiden Exponenten, die darum ringen, wer wird die Nummer 1 sein, wer wird die Nummer 1 bleiben – verbunden damit,

dass Exponenten unterschiedlicher islamischer Konfessionen miteinander einen machtpolitischen Konflikt haben. Das heißt, man kann religiöse Unterschiedlichkeit und religiösen Hass zwischen Schiiten und Sunniten einsetzen, um machtpolitische Ziele zu verfolgen.

Wir haben Staatenlosigkeit von Libyen angefangen, wo kein Staat existiert. Wir haben vielleicht Rumpfstaatlichkeit im Irak, aber allerhöchstens, auch dort ein aufgeteiltes Land mit einer nicht wirklichen zentralen Regierung, die Staatlichkeit durchsetzen kann oder will. Syrien erleben wir jeden Tag im Fernsehen, in der Brutalität von Machtanwendung – und es geht weiter bis nach Afghanistan. Also ein langer territorialer Streifen von Nordafrika, Libyen über den Nahen Osten bis nach Zentralasien und Afghanistan hinein.

Wir erleben, auch das ist ein Teil der Wahrheit, die Kombination amerikanischer Fehler. Das klingt immer so einfach; wir Europäer lehnen uns zurück und neigen dazu, das zu bewerten, aber ich glaube, an dieser Stelle gehört es zur Analyse dazu. Der Maximalismus, der interventionistische Maximalismus von George W. Bush mit dem schwersten Fehler des Irak-Krieges 2003, der fatale historische langanhaltende Wirkung haben wird und der zusammen mit dem brutalen Kampf von Assad gegen die sunnitische Bevölkerung ein Entstehungsgrund der Terrororganisation Islamischer Staat darstellt, weil er das Opfernarrativ der Sunniten mit beflügelt. Alle sind gegen uns, alle. Die Amerikaner bombardieren uns, die Russen bombardieren uns, die Schiiten bombardieren uns, der Iran, also alle. Also sind wir, der Islamische Staat, die einzig wirksame Schutzmacht der normalen gläubigen Sunniten in dieser Region. Das ist die Legitimation Opfererzählung des Islamischen Staates.

Die Kombination des Interventionismus, des außenpolitischen Maximalismus von George W. Bush mit dem anschließenden überkorrigierenden Minimalismus seines Nachfolgers Barack Obama ist in den Folgen fatal, weil sie in Syrien dazu geführt hat, dass Russland, das seit Kissingers Tagen aus der Region praktisch verdrängt worden war, in das Vakuum, das hinterlassen worden ist aus der Folge von Intervention, Nichtstabilisierung und Nichtschaffen von nachhaltigen Strukturen sind, eingedrungen ist

und es mit einer Rücksichtslosigkeit ausfüllt, die uns nicht zu Gebote steht und die wir nicht ausüben wollen.

Den Gipfel an Zynismus und Brutalität haben wir erst vor wenigen Tagen, vor einer Woche erlebt, als in schwierigsten Verhandlungen der amerikanische Außenminister bis an den Rand des überhaupt möglichen amerikanischer Diplomatie gegangen ist, einen offenen Streit in der amerikanischen Administration in Kauf nehmend. Die amerikanische Regierung hat sich trotzdem für diese weitgehende Konzessionsbereitschaft entschieden, um eine Waffenruhe zu erreichen, um das unbeschreibliche, unvorstellbare Leid von hunderttausenden von Menschen zu lindern und zu beenden.

Dies war von Anfang an fragil, aber verabredet. In der Folge sollte dann der Hilfskonvoi der Vereinten Nationen die Aushungernden und Ausgehungen in der Stadt Aleppo erreichen, 31 Lastwagen, die erst aufgehalten, aber dann durchgelassen worden sind, die deutlich gekennzeichnet waren mit dem UNO-Signal und mit dem Zeichen des roten Halbmondes und die dann auf Rebellengebiet aus der Luft beschossen worden sind. Es sind nur zwei Militärmächte in der Luft in dieser Region, nämlich Syrien und Russland. Die Brutalität dieses Kriegsverbrechens, es ist ohne jeden Zweifel ein Kriegsverbrechen, was dort begangen wurde, ist unbeschreiblich. Es ist nicht nur einmal bombardiert worden, sondern als die Helfer die Verletzten retten wollten, sind genau in diesem Augenblick zielgerichtet auch die Retter und erneut die Lastwagen aus der Luft mit Bomben, zum Teil Fassbomben angegriffen worden. Wir sehen eine Brutalität in der Durchsetzung machtpolitischer Ziele, auf die wir nicht antworten können, auf die wir nicht antworten wollen, aber es ist ein Teil der Konfliktlage, die sich dort entwickelt.

Warum das alles? Natürlich geht es um taktische Vorteile, den Zugang zum Mittelmeer, durch den Flughafen, durch den Militärstützpunkt, den Hafen und den Flughafenstützpunkt, den Russland sich dort erwirbt. Im Kern geht es aus meiner Sicht wieder um diese Quelle, von der ich eben gesprochen habe, nämlich dafür zu sorgen, dass man einen Konflikt erzeugt, sich unverzichtbar zu machen für die Lösung eben des Konfliktes, den man sel-

ber erzeugt hat, um auf diese Weise das strategische Ziel zu erreichen, den amerikanischen Präsidenten, der einen als regionale Macht abqualifiziert hat, zu zwingen, auf gleicher Augenhöhe an der Lösung internationaler Konflikte beteiligt zu sein. Die Ambition zu demonstrieren, es gibt keinen internationalen Konflikt, der ohne Russland gelöst werden kann. Das ist aus meiner Sicht die machtpolitische Motivation für so viel Leid, Brutalität und Zynismus.

Und die Europäer? Was ist die Rolle der Europäer? Was ist die Rolle der Staaten, nämlich der europäischen Staaten, die wie keine andere Region, wie keine anderen Staaten betroffen sind von dem, was da stattfindet? Wir haben eine Flüchtlingskrise nicht in Amerika oder in China oder sonst wo, sondern in Europa. Es ist, ich will es jetzt nicht qualifizieren, sondern nur beschreiben, es ist Einflusslosigkeit, nahezu Einflusslosigkeit der Staaten, der Region, die von dieser Problemregion am allermeisten betroffen ist. Das Weggucken, das Ignorieren, das nicht Wahrnehmen von Außenpolitik in der gesamten Bandbreite führt dazu, dass wir am Ende ohnmächtig werden in der Wahrnehmung unserer ureigenen Interessen und unserer Fähigkeit, uns wirkungsvoll, nicht nur rhetorisch, sondern effektiv für Humanität einzusetzen.

In einem Zwischengebiet zwischen dem Nahen und Mittleren Osten nach Europa liegt die Türkei, ich gehe aus Zeitgründen nicht weiter auf das Land ein. Es hat eine strategische Bedeutung schon immer gehabt für Europa als demokratisches Land, das die Türkei gewesen ist, und muslimisches Land zugleich. Jetzt, wo wir diese Gewalt-, Kriegs- und Konfliktlage in dieser Region haben, erleben wir einen türkischen Staatspräsidenten, der auch ein überragendes machtpolitisches Ziel auf einmal hat – übrigens nach kooperativen Jahren gegenüber der Europäischen Union –, das darin besteht, als allererstes und nicht kompromissfähiges Ziel, ein autoritäres, autokratisches, auf ihn zugeschnittenes politisches System in der Türkei zu entwickeln und sich damit von Europa normativ und politisch immer weiter weg zu entwickeln.

Und in Europa selber, das das äußerste Maß an Handlungsfähigkeit aufbieten müsste angesichts solcher Herausforderungen, haben wir es mit der schwersten Binnenkrise Europas seit

den Römischen Verträgen zu tun. Weil auch innerhalb Europas sich ein staatlicher Egoismus und ein Nationalismus ausbreiten, die dazu führen, dass sich eine nahezu allgemeine Ergebnisunfähigkeit in allen ganz entscheidenden Fragen, nicht nur der Flüchtlingsfrage, ausgebreitet hat – in Wirtschaftsfragen, in der Eurofrage, in anderen strategischen Fragen wie etwa der internationalen Energiepolitik.

Was bedeutet diese Konfliktlage? Was bedeutet es, dass wir es mit diesen Konflikten auf Dauer zu tun haben und dass sie uns herausfordern? Was bedeutet es für Deutschland? Was bedeutet es für deutsche Außenpolitik? Was können wir tun, außer analysieren und kommentieren?

Ich möchte als erstes das benennen, was ich schon mehrfach zwischendurch benannt habe: Wir müssen unsere Mentalität der Realität anpassen und wir müssen wach werden und wir müssen unsere Neigung, uns zu wünschen, eine große Schweiz zu sein, aufgeben, weil es keine große Schweiz gibt. Es gibt nur eine kleine Schweiz, es gibt keine große Schweiz. Die Umgebung so ist, dass sie nicht nach Neutralität ruft, sondern nach Vernunft und Entschlossenheit. Also Augen auf, nicht aus Bequemlichkeit verschließen, sondern die Situation ernstnehmen und annehmen als unsere eigene Situation.

Zweitens: Wir wollen und werden nicht Missionare sein. Aber wir dürfen und sollen Akteure für unsere europäische Identität sein. Außenpolitik aus den europäischen Werten und Prinzipien heraus zu betreiben, hat konkrete Relevanz, denn unsere Prinzipien sind Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat. Aus diesen und für diese Prinzipien sollen wir Politik machen.

Was heißt das? Es heißt konkret aus meiner Sicht zum Beispiel, dass wir mit der Türkei, von der ich eben beschrieben habe, auf welchem Weg ich sie sehe, nicht mehr reden sollten, sondern dass wir mit ihr reden und verhandeln müssen, um zu Abkommen zu kommen. Abkommen und Verhandlungen und Ergebnisse sind die Instrumente, um dieser verrückten, chaotischen Welt Regeln und Vernunft zu geben. Aber wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass unsere eigenen Werte von

Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte nicht korrumpiert werden.

Und das heißt konkret: Wenn die Europäische Union der Türkei allgemeine Visafreiheit gewähren würde, ohne dafür eine rechtsstaatliche Gegenleistung zu erhalten und darauf zu bestehen, dann würden wir teilnehmen daran, dass Herr Erdogan mit seinem machtpolitischen Kurs Erfolg hat, denn die allgemeine Visafreiheit wäre ein sensationeller Erfolg. Die Visafreiheit wäre der größte innenpolitische Erfolg des Staatspräsidenten. Wenn er den nicht mit einer rechtsstaatlichen Gegenleistung bezahlt, dann würden wir zum Komplizen seines machtpolitischen Komplotts in der Türkei werden. Das dürfen wir nicht tun.

Wir müssen drittens, aus meiner Sicht, den Westen als politisches Konzept zur Ordnung der Welt neu entdecken. Das, was wir sehen, ist die Verbreitung von Chaos und die Zerstörung von Ordnungselementen, wo es sie auch mal gegeben hat. Die europäische Friedensordnung, die existierte und verletzt wird, der Nahe und Mittlere Osten, eine Region von Chaos, wo von Ordnung nicht mehr die Rede sein kann, die Paralyse und die Boykottpolitik der Vereinten Nationen, die dadurch, dass mindestens Russland, in der Regel auch China gegen alle Kriegsverbrechen und Aggressionen ein Veto einlegt, dazu führen, dass auch die Vereinten Nationen als Regelungsmacht ausfallen. Überall sehen wir die Zerstörung von Ordnung.

Und das, was unsere Identität als Europäer ist, ist nicht missionarisch für unsere Werte einzutreten, nicht unsere Werte mit militärischer Gewalt durchzusetzen, sondern zu versuchen, sie in Regeln der internationalen Gemeinschaft einzubringen. Zu versuchen, mit politischer Macht und Autorität dafür zu sorgen, dass es internationale Regeln der Fairness und Gerechtigkeit gibt. Wenn wir also den Westen in diesem Sinne als politisches Konzept neu entdecken, dann heißt es zuerst, dass wir Europa handlungsfähig machen müssen als außenpolitischen Akteur.

Dann müssen wir auch erkennen, dass im Moment aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Zusammentreffen des Euro mit der internationalen Finanzmarktkrise das objektive Gewicht Deutschlands so groß ist wie nie zuvor. Und

damit haben wir eine objektive Verantwortung. Nicht dafür, dass wir mit großer Macht und Gewicht unsere jeweiligen Einzelinteressen durchsetzen, sondern das deutsche Selbstverständnis in Europa muss sein, dass wir die Verantwortung dafür haben, dass Europa wieder funktioniert, weil das Funktionieren Europas das überragende deutsche Interesse ist.

Und darum glaube ich, ist es nicht richtig und korrekturbedürftig, dass wir in allen europaspaltenden Fragen mitten im Konflikt sind und nicht als Konfliktlöser aktiv sind. Was ist mit der Wirtschaftsfrage? Was ist mit der Flüchtlingsfrage? Und es ist die Energiefrage, vor allen Dingen die Konsequenzen von North Stream 2, ein Gasgeschäft zwischen Gazprom und auch deutschen Unternehmen, von dem die Bundesregierung sagt, das sei nur geschäftlich, nicht politisch, aber Polen sagt, es berührt unsere nationale Sicherheit. Dafür dürfen wir nicht blind sein, weil wir vielleicht deutsche Unternehmen haben, die geschäftliche Interessen haben. Das überragende Interesse Deutschlands muss sein, zum Kompromiss, zum Ergebnis beizutragen. Wir müssen wieder dafür sorgen, dass Europa funktioniert, meine Damen und Herren, auch im deutschen Interesse.

Darum müssen wir auch vernünftig sein bei den Briten. Brexit betrachte ich als eine Katastrophe, weil sie das Gegenteil von dem bedeutet, was die notwendige Reaktion Europas auf diese geopolitische Rahmenlage erfordert. Denn diese geopolitische Rahmenlage erfordert doch nicht Vereinzelung, Zersplitterung, dass jedes einzelne Land wieder sagt, wir sind groß. Theresa May hat gesagt, das große Britannien wird jetzt eine globale Rolle übernehmen. Nein, meine Damen und Herren, die Wahrheit ist, ich weiß gar nicht, ob sie bitter ist, es ist einfach die Wahrheit, dass kein einzelner europäischer Mitgliedsstaat für sich alleine genommen – ob Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien – von irgendeiner Relevanz an irgendeiner internationalen Konfliktlage entscheidend mitwirken kann. Wir sind als Einzelstaaten gegenüber diesen Herausforderungen nicht mehr in der Lage, unsere Interessen und die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten, sondern die europäische Verbindung macht es uns möglich, die Interessen und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen, meine

Damen und Herren. Darin liegt die Legitimation Europas heute, in der Verteidigung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Der Westen, das ist die transatlantische Gemeinschaft, das sind Europa und die USA. Und darum habe ich für diesen billigen, aber grassierenden Antiamerikanismus nicht das geringste Verständnis. Wir stehen zur transatlantischen Gemeinschaft, meine Damen und Herren.

Aber die transatlantische Gemeinschaft kann nicht nur von Europäern bezweifelt werden, sondern wir haben auch Gefahrenlagen aus den USA selber. Ich war in den vergangenen Wochen zweimal dort. Die Nervosität in Amerika ist groß, was den Ausgang der Präsidentschaftswahlen anbelangt. Das günstigste, das aller-, allergünstigste, was man von Donald Trump, der es immerhin geschafft hat, der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei zu werden (allein das war für mich unvorstellbar, bevor es losging) und der in den Umfragen jetzt immerhin nur ein paar Prozentpunkte hinter der demokratischen Bewerberin liegt, das günstigste, was man sagen kann, ist, dass die Außenpolitik von Donald Trump eine reine Blackbox wäre. Er hat keine konkreten Aussagen zur amerikanischen Außenpolitik gemacht. Er hat mal ein bisschen die NATO in Frage gestellt, ein bisschen Artikel 5 in Frage gestellt, die Europäer müssten mehr machen. Das Allergünstigste ist, dass wir überhaupt nicht wissen, womit wir rechnen müssten, was schlimm genug ist als Aussage über die Berechenbarkeit amerikanischer Außenpolitik.

Wir kennen allerdings seinen Charakter, seine Sprache des Hasses, der Gewalt, der Lüge und darum muss man sagen: Das ist ein Charakter, der unvereinbar ist mit der Verantwortung des mächtigsten politischen Amtes dieser Welt.

Aber es ist nicht an uns, sondern die amerikanische Bevölkerung wird entscheiden. Wenn sie entschieden hat, und wie sie auch entscheiden wird, möchte ich nur eines sagen: So klar man sein Urteil fällen kann in dieser Frage (ich glaube es war noch nie so klar bei einer amerikanischen Präsidentschaftswahl wie bei dieser), so notwendig ist es, sich mit den Ursachen zu beschäftigen. Was bringt denn 45% der Amerikaner dazu, vielleicht Donald Trump zu wäh-

len? Wie viel Frustration, wie viel sich im Stich gelassen fühlen steckt dahinter? Wie viel Anti-Gefühl? Ich bin völlig uninteressant für diejenigen, die herrschen. Ich zähle nicht. Ich habe auch keine Sicherheit mehr. Weder Jobsicherheit noch die Einschätzung, dass es meinen Kindern – der amerikanische Traum! – einmal besser gehen wird als mir; dafür arbeite ich und ich kann mir meinen Fortschritt erarbeiten.

Dieses Phänomen, dass wir so prominent in Amerika sehen, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, es ist ein westliches Phänomen. Wir haben eine Verstärkung eines Antigefühls; Anti-Establishment, das sind wir alle – Antipolitik, Antiglobalisierung, Antikapitalismus. Dass sich so viele Menschen von der Politik und den Verantwortungsträgern im Stich gelassen fühlen, diesem Phänomen müssen wir uns zuwenden, der Stabilität unserer Demokratie wegen, meine Damen und Herren, das halte ich für unausweichlich zu tun.

Wenn es darum geht, die Welt zu versuchen fair und gerecht zu ordnen durch den Westen, dann wollen wir unsere Werte einbringen, nicht aufzwingen, aber einbringen in diese Regeln. Wir brauchen internationale Regelwerke. Am Ende, nachdem verhandelt worden ist, kann man sagen, TTIP – also das transatlantische Investitionsabkommen – ist nicht gut verhandelt, aus sachlichen Gründen lehne ich es ab. Das ist absolut möglich, aber wir sind ja nicht am Ende der Verhandlungen, sondern wir sind in einer Situation, in der machtvoll von links, von rechts, aus der Mitte gesagt wird, das ist von vornherein ein Instrument der Globalisierung, die dann weiter über uns kommt und unsere Situation nur verschlechtert. Ich glaube, dass das nicht so ist, sondern ich glaube, dass es ein extrem wichtiges Instrument ist, wenn man es gut macht, der Globalisierung Regeln zu geben.

Denn in der Globalisierung, die so chaotisch ist, sind unsere Interessen nicht aufgehoben. Das Chaos der Globalisierung erzeugt ein Vakuum und darum stellt sich in praktischer Hinsicht eine Frage: Wer wird der Regelsetzer in der Globalisierung werden? Und die praktische Alternative ist die: Wird es der Westen oder wird es China?

Und darum finde ich, müssen wir uns am Riemen reißen, dass wir als Westen zu Verträgen und Abkommen kommen, die Freiheit ermöglichen, aber genauso der sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden. Ich habe das Selbstvertrauen und auch das Selbstbewusstsein, dass, wenn es um Umweltschutz, um Gesundheitsschutz, um Verbraucherrechte geht, wir Europäer und Amerikaner mit China mithalten können, meine Damen und Herren, und darum sollten wir diese Vorstellungen in internationale Regeln setzen.

Wir müssen fünftens präventiv sein. Wir müssen präventiv und dauerhaft sein. Präventiv heißt, wir müssen aus dem Modus der reaktiven Anpassung heraustreten und unsere Ressourcen erkennen, wo Problemlagen auf uns zukommen verstärken und dann auch präventiv handeln. Es ist schon keine besondere Originalität mehr zu sagen, dass unsere Fixierung des Flüchtlingsthemas auf den Nahen Osten sehr gegenwärtig ist und die eigentliche, kommende große Flüchtlingsherausforderung nicht aus dem Nahen Osten, sondern aus Afrika herührt. Aus einem Kontinent, der jetzt 1,2 Milliarden Menschen beheimatet, in einer Generation werden es doppelt so viele sein, 2,5 Milliarden Menschen, mit Gesellschaften, die ein Durchschnittsalter von unter 20 Jahren haben und eine Jugendarbeitslosigkeit von 80%.

Wenn Hunderte von Millionen Menschen, junge Menschen, mit absoluter Perspektivlosigkeit in großer Zahl konfrontiert werden, dann können wir, wenn wir präventiv und langfristig an unseren Interessen orientiert sind, nicht mehr sagen, es geht uns nichts an. Und alles Geld, was wir nicht präventiv einsetzen, werden wir am Ende fünffach und zehnfach reaktiv verwenden müssen. Präventive Politik ist das, was möglich ist, meine Damen und Herren.

Wenn man sich das alles vor Augen führt, dann gibt es immer ein ganz starkes Gegenargument. Und das Gegenargument lautet, das ist so viel und so komplex, da fangen wir besser gar nicht an. Das ist auch alles negativ und überfordert unsere Kräfte. TTIP allein, ein Riesensthema, den Brexit zu verhandeln, ich fange jetzt nicht wieder von vorne an... All die Themen sind eine gigantische Herausforderung für ein Europa, das im Moment nicht stark ist, bei

weitem nicht so stark, wie es sein müsste. Und das empfinde ich auch mit.

Wenn man sich damit analytisch beschäftigt und sagt, wie sind die Probleme, wie müssen wir sie verstehen, nicht aus Bequemlichkeit beschönigen, sondern versuchen, einen realistischen Blick auf die Herausforderung zu bekommen, dann kann man sich fragen, wird man da nicht überwältigt in dem, was wir leisten können, wenn man sieht, dass selbst die großen Vereinigten Staaten von Amerika sichtbar an die Grenzen ihrer Einwirkungsmöglichkeiten geführt worden sind. Dieses Gefühl existiert und ich leugne es nicht. Mein letzter Satz soll darum dem 3. Oktober gelten. Was ist geschafft worden, was wir vor dem 9. November 1989 für vollkommen unvorstellbar gehalten haben? Wer hätte gedacht, dass diese Blockkonfrontation, die ja einherging mit der wechselseitigen, gegenseitigen nuklearen Vernichtung, die immer weiter professionalisiert und modernisiert wurde, von Menschen aufgelöst wurde. Wir haben es bei den Problemen, von denen ich gesprochen habe, nicht mit Naturkatastrophen zu tun; auch die Sowjetunion und der Warschauer Pakt waren keine Naturkatastrophe, sondern es ging um Politik.

Und darum finde ich, ist das ein Tag der Ermüdung von Politik für die Bürger, für Politiker. Wir müssen nur unsere Bequemlichkeit und unseren Egoismus überwinden, d.h. wir müssen viel, viel weniger überwinden als unsere Landsleute in der DDR, als die Polen, als die Ungarn, als die Osteuropäer überwunden haben in der Überwindung von diktatorischen unterdrückerischen Regimen. Meine Damen und Herren, dafür haben wir anhaltend allen Grund dankbar zu sein. Was geleistet worden ist an Mut, an Einsatzwillen, an Dauerhaftigkeit von Deutschen der DDR, von den Menschen in Polen, Ungarn, in den ost-europäischen Staaten unter Inkaufnahme von Risiken! Durchhaltevermögen haben sie bewiesen, und sie haben die Befreiung des Landes und des Kontinentes erreicht. Mit unserem Dank an diejenigen, die Freiheit und Unabhängigkeit in Europa ermöglicht haben, möchte ich sagen: Das ist eine große Ermunterung, den heutigen Problemen und Herausforderungen entgegenzusehen und ihnen mit Vernunft, Leidenschaft und Entschlossenheit entgegenzutreten zum Besseren für die Menschen. Vielen Dank.